

# Keine Zeit zu wählen

## Lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten beeinträchtigen die politische Teilhabe

---

Daten aus 24 europäischen Ländern zeichnen ein deutliches Bild: Wer viel arbeitet, hat wenig Zeit, sich politisch zu beteiligen oder einzubringen – und sei es beim vergleichsweise wenig aufwändigen Akt des Wählens. Vor allem Frauen, die immer noch häufig durch Haushalts- und Erwerbsarbeit doppelt belastet sind, und Männer in einfachen Tätigkeiten geben seltener bei Wahlen ihre Stimme ab, wenn sie langen oder sozial unverträglichen Arbeitszeiten ausgesetzt sind.

*Rebecca Wetter, Jianghong Li, Heiko Giebler und Julia Ellingwood*

Politische Teilhabe, selbst in der einfachen und institutionalisierten Form der Wahlbeteiligung, braucht Zeit: Zeit, sich über das politische Geschehen und über Wahlprogramme zu informieren und dann eine informierte Entscheidung zu treffen. Zeit aber ist eine begrenzte Ressource in der 24-Stunden-Gesellschaft. In globalisierten Gesellschaften besteht immer mehr der Anspruch, dass Dienstleistungen allzeit verfügbar sind – Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der regulären „Nine-to-Five“-Stellen nehmen zu. In ganz Europa lässt sich in den letzten Jahren ein Trend zu längeren Arbeitszeiten und zu vermehrter Arbeit am Abend, in der Nacht und am Wochenende beobachten. Zudem ist freie Zeit ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt: Trotz hoher Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen übernehmen diese in den meisten europäischen Ländern weiterhin einen erheblich größeren Teil der Haushalts- und Erziehungsarbeit. Die Doppelbelastung durch ungleich verteilte Care-Arbeit führt zu weniger Freizeit für Frauen – Zeit, die sie für Erholung, aber auch für politische Beteiligung nutzen könnten. Zusätzlich haben Forscher\*innen festgestellt, dass Männer risikofreudiger sind und auch bei ver-

gleichsweise geringer politischer Informiertheit bereit zu politischer Beteiligung sind, während Frauen ein höheres politisches Wissen als Voraussetzung für diese Beteiligung sehen.

Forschung zu Kanada konnte bereits einen negativen Effekt von langen Arbeitszeiten auf die Wahlbeteiligung nachweisen. Wir erwarten, dass sich dies auch für Europa zeigen lässt – und dass sich dieser Effekt bei Frauen noch stärker zeigt als bei Männern; eine Erwartung, die empirisch bisher noch nicht untersucht wurde. Unsere Studie ist außerdem die erste, die den Effekt von sozial unverträglichen Arbeitszeiten auf die Wahlbeteiligung betrachtet.

Mangel an Zeit für politische Partizipation kann mit anderen Ressourcen wie zivilgesellschaftlichen Fähigkeiten und Geld kompensiert werden: Die erworbenen Fähigkeiten erleichtern die Wahlentscheidung (das Endresultat eines Prozesses von politischer Teilhabe und Information über die möglichen Wahloptionen), und finanzielle Ressourcen können genutzt werden, um zeitintensive Aufgaben zu delegieren (zum Beispiel durch Haushaltshilfe oder Lieferdienste). Berufe mit höherem sozialem Status bieten

Arbeitnehmer\*innen oft größere Möglichkeiten zur Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Fähigkeiten und werden natürlich besser vergütet. Dadurch könnten die negativen Effekte langer und sozial unverträglicher Arbeitszeiten in manchen Berufsgruppen schwächer ausfallen als in anderen.

Wir analysieren Daten aus der fünften Welle des European Social Survey aus dem Jahr 2010 und stellen folgende Fragen: Verringern lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten die Wahlbeteiligung in Europa? Unterscheidet sich dieser Effekt zwischen Männern und Frauen bzw. verschiedenen Berufsgruppen? Wie stark wird dieser Effekt durch die negativen Konsequenzen langer Arbeitszeiten für Gesundheit, soziale Integration und politisches Interesse getrieben?

In den verwendeten Umfragedaten sind Fragen zur Beteiligung an der letzten nationalen Wahl, zu den wöchentlichen Arbeitsstunden, der Häufigkeit von Arbeit an Abenden, in Nächten und an Wochenenden sowie zu den genannten Mechanismen (Gesundheit, soziale Integration und politisches Interesse) enthalten. Wir analysieren die Daten von wahlberechtigten Personen, die Lohnarbeit als ihre Hauptbeschäftigung angaben, und schließen nur Befragte aus gefestigten Demokratien ein. Unsere Analysen umfassen 9.114 Personen aus 24 europäischen Ländern.

Wahlbeteiligung messen wir anhand der Angabe der Befragten, ob sie bei der letzten nationalen Hauptwahl eine Stimme abgegeben haben oder nicht. Lange Arbeitszeiten definieren wir ebenfalls nur mit zwei Optionen: bis zu 45

**„Der Austausch mit Kolleg\*innen über das politische Zeitgeschehen verstärkt die Wahrscheinlichkeit, eine Stimme abzugeben“**

oder mehr als 45 Wochenstunden (ab diesem Schwellenwert wurden negative Effekte in der Gesundheitsforschung nachgewiesen). Sozial unverträgliche Arbeitszeiten messen wir als regelmäßiges Vorkommen von Arbeit an Aben-

den und in Nächten (mindestens einmal pro Woche) oder am Wochenende (mindestens einmal pro Monat), da wir nur von regelmäßigen sozial unverträglichen Arbeitszeiten erwarten, dass diese das Leben und die Möglichkeit für Freizeit und soziale Aktivitäten der Befragten beeinflussen.

Wahlbeteiligung ist ein sozialer Prozess: Der Austausch mit Kolleg\*innen über das politische Zeitgeschehen verstärkt die Wahrscheinlichkeit, eine Stimme abzugeben. Das kann den negativen Effekt langer Arbeitszeiten abfedern, weil die Beschäftigung mit Politik nicht in der Freizeit stattfinden muss. Ein solcher Austausch ist in Berufen mit höherem sozialem Status (zum Beispiel bei Manager\*innen oder hochqualifizierten Fachkräften) tendenziell weiterverbreitet als in Beschäftigungen am anderen Ende der beruflichen Hierarchie (etwa im Service, im Handwerk oder in der Landwirtschaft). Wir erwarten also, dass der negative Effekt langer und sozial unverträglicher Arbeitszeiten auf die Wahlbeteiligung je nach Geschlecht und Berufsstatus unterschiedlich ausfällt.

Über das Ausmaß dieses Effekts hinaus wollten wir wissen, welche Mechanismen dahinterstehen. Ist nur der direkte negative Effekt mangelnder zeitlicher Ressourcen entscheidend? Oder spielen auch negative Auswirkungen der fehlenden Zeit auf andere Lebensbereiche eine wichtige Rolle? Andere Studien haben festgestellt, dass lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten gesundheitsschädigend sein können – gerade für Frauen, die dann in Schwierigkeiten kommen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Dabei wurden negative Auswirkungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand bestätigt, aber vor allem auf die psychische und mentale Verfassung kann eine Hürde für Wahlbeteiligung darstellen. Weitere Mechanismen könnten sein, dass lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten soziale Integration und politisches Interesse verringern; diese beiden Faktoren aber wirken sich allgemein positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung aus.

Unsere Daten zeigen, dass die Wahlbeteiligung zwischen europäischen Ländern stark variiert: Die höchste Wahlbeteiligung (über 80 Prozent) wurde in skandinavischen Ländern und in den Niederlanden berichtet, die niedrigste Wahlbe-

teiligung (60 Prozent) in der Schweiz. Lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten sind in Europa ein Phänomen, das häufiger Männer betrifft. Trotzdem gibt es einen substanziellen Anteil von Frauen, die über 45 Stunden in der Woche (13 Prozent) oder regelmäßig an Abenden, Nächten oder am Wochenende arbeiten (39 Prozent).

Um unsere Forschungsfragen beantworten zu können, nutzen wir Strukturgleichungsmodelle. Um potentiell unterschiedliche Effekte zu messen, berechnen wir Modelle sowohl getrennt für Männer und Frauen als auch getrennt für fünf verschiedene Berufsgruppen. In den Berechnungen werden individuelle soziodemografische Faktoren wie Alter, Bildung, Beziehungsstatus, das Vorhandensein von Kindern unter 14 Jahren, Religion sowie länderspezifische Faktoren wie das Bruttoinlandsprodukt und verschiedene Aspekte des Wahlsystems berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Analyse bestätigen unsere Vermutungen: Lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten wirken sich negativ auf die Wahlbeteiligung von Frauen aus. Dieser negative Effekt ist vor allem bei Managerinnen/Fachkräfte/Technikerinnen und am stärksten für Frauen, die im Bereich Bürotätigkeiten/Service/Verkauf arbeiten, zu finden. Für Letztere verringern lange Arbeitszeiten die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung um 12 Prozent – ein substanzieller Effekt, der in seiner Größe vergleichbar ist mit dem Effekt von politischem Interesse oder Nähe zu einer politischen Partei (hohe Werte bei diesen Faktoren steigern die Wahlwahrscheinlichkeit jeweils um 15 Prozent).

In der Gruppe der Männer finden wir nur bei jenen am unteren Ende der beruflichen Hierarchie – Männer, die als einfache und ungelernete

**„Für Frauen wirken sich lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten auch in hochrangigen Berufen negativ auf die Wahlbeteiligung aus“**

Arbeiter tätig sind – einen negativen Effekt von langen Arbeitszeiten auf die Wahlbeteili-

gung. Für Männer scheint in Berufen mit höherem sozialem Status der negative Effekt von Zeitmangel durch andere Aspekte wie den Austausch mit Kolleg\*innen, die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Fähigkeiten oder finanzielle Ressourcen abgefedert zu werden. Für Frauen wirken sich lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten allerdings auch in hochrangigen Berufen negativ auf die Wahlbeteiligung aus, vermutlich durch die gravierenden zeitlichen Einschränkungen aufgrund einer Doppelbelastung durch berufliche und familiäre Pflichten und Erwartungen.

Wirken sich lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten nun direkt auf die Wahlbeteiligung aus oder wirken sie vielmehr indirekt durch die Auswirkungen auf Gesundheit, soziale Integration und politisches Interesse? Für Frauen, die im Bereich Bürotätigkeiten/Service/Verkauf arbeiten, scheint der negative Effekt von sozial unverträglichen Arbeitszeiten auf die Wahlbeteiligung teilweise durch einen negativen Effekt auf politisches Interesse – das sich wiederum positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt – getrieben zu sein. Weitere Analysen wären wünschenswert, um den Mechanismus hinter dem negativen Effekt der Arbeitszeiten genauer zu beleuchten. Untersucht werden müssten die Rolle von unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit und auch längsschnittliche Effekte: Gesundheitliche Folgen der Arbeitszeiten zum Beispiel treten möglicherweise erst nach einer längeren Zeit auf.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten nicht nur der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Arbeitnehmer\*innen und ihren Familien schaden,

**„Lange Arbeitszeiten schaden nicht nur der Gesundheit, sie beeinträchtigen auch die demokratische Gleichheit“**

wie dies in zahlreichen Studien bereits nachgewiesen wurde. Sie beeinträchtigen darüber hinaus auch die demokratische Gleichheit. Diese Arbeitszeiten sind ein Hindernis für Frauen und auch für Männer am Ende der Berufshierarchie, sich an der Demokratie zu beteiligen – und zwar bereits mit Blick auf die Teilnahme

an Wahlen, eine grundlegende, aber nicht sehr aufwändige Form der politischen Teilhabe. Lange und sozial unverträgliche Arbeitszeiten stellen also gerade für jene ein Hindernis dar, die ohnehin oftmals zu benachteiligten Gruppen zählen.

Vielleicht ist die Lage sogar noch schlechter, als wir in unserer Studie zeigen konnten. Denn erstens standen uns nur Querschnittsdaten zur Verfügung, also Momentaufnahmen, die vor mehr als zehn Jahren erhoben wurden. Wenn Personen langen Arbeitszeiten über einen langen Zeitraum hinweg ausgesetzt sind, könnte dies die Wahlbeteiligung stärker reduzieren, als wenn dies nur für einen kurzen Zeitraum der Fall ist. Zweitens sind die Trends zu langen, unvorhersehbaren und unsicheren Arbeitszeiten seit 2010 gestiegen, insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Home-Office und sozial unverträgliche Arbeitszeiten (abends und nachts) sind für einen Großteil der Arbeitnehmer\*innen, insbesondere für erwerbstätige Frauen mit Klein- und Schulkindern, zur Norm geworden. So lässt sich zumindest vermuten, dass die durch Arbeitsbedingungen hervorgerufene Selektivität der Wahlteilnahme heute noch stärker ausfällt, als dies zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Jahr 2010 der Fall war. ●

#### Literatur:

Brady, H.E., Verba, S. and Schlozman, K.L. (1995). Beyond SES: a resource model of political participation, *American Political Science Review*, 89(2): 271–94. doi:10.2307/2082425.

Fox, R.L. and Lawless, J.L. (2005) To run or not to run for office: explaining nascent political ambition, *American Journal of Political Science*, 9(3): 642–59. doi:10.1111/j.1540-5907.2005.00147.x.

Li, J., Giebler, H., Wetter, R., Kenyon Lair, H. and Ellingwood, J. (2022). Unequal Electoral Participation. The Negative Effects of Long Work Hours and Unsociable Work Schedules in Europe. *European Journal of Politics and Gender*, advance access, 19.09.2022, online: <https://dx.doi.org/10.1332/251510821X16602019188175>.

**Rebecca Wetter** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und forscht zu den Themen Meritokratiegläubigkeit, ungleiche Bildungschancen und Geschlechterungleichheiten. [rebecca.wetter@wzb.eu](mailto:rebecca.wetter@wzb.eu)

**Jianghong Li** ist Senior Researcher am WZB, sowie Honorary Research Associate am Telethon Kids Institute und Adjunct Associate Professor an der Curtin University, Australien. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Auswirkungen der elterlichen Erwerbstätigkeit auf die Gesundheit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. [jianghong.li@wzb.eu](mailto:jianghong.li@wzb.eu)

**Heiko Giebler** ist Leiter einer Forschungsgruppe im Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler der Abteilung „Transformationen der Demokratie“ am WZB. [heiko.giebler@wzb.eu](mailto:heiko.giebler@wzb.eu)

**Julia Ellingwood** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin von Dr. Jianghong Li in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich auf die sozialen Auswirkungen der Arbeit des 21. Jahrhunderts. [julia.ellingwood@gmail.com](mailto:julia.ellingwood@gmail.com)

Li, J., Johnson, S., Han, W.J., Andrews, S., Dockery, M., Kendall, G. and Strazdins, L. (2014). Parents' nonstandard work and child wellbeing: a critical review of the literature, *Journal of Primary Prevention*, 35(1): 53–73. doi: 10.1007/s10935-013-0318-z.

Uppal, S. and LaRochelle-Côté, S. (2012). Factors Associated with Voting, Ottawa: Statistics Canada.